

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 15 (1935-1936)
Heft: 6

Artikel: Teure Krisenpolitik
Autor: Steinemann, Eugen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-332447>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gemeinsame Aktionen für den Fortschritt möglich, ohne daß es sich um Kompromisse handelt, die von führenden Personen im *engen Zirkel* geschlossen werden und unter Umständen der Demokratie schweren Schaden zufügen.

Zur sachlichen Politik gehört auch, daß man nicht mit den billigen Mitteln arbeitet, welche die diktatorisch orientierten Parteien anwenden, indem sie versuchen, den Gegner lächerlich zu machen, indem sie versuchen, seine Auffassung als Zerrbild widerzugeben, indem sie seine Ansichten entstellen. Sicher können solche Methoden jenen nützen, die eine autoritäre Auffassung vertreten, aber niemals werden sie einer demokratisch orientierten Partei nützen.

Das Vertrauen innerhalb einer Partei wächst, wenn die Parteiangehörigen das Gefühl haben, daß sie in ernster Mitarbeit an den hohen Zielen der Bewegung tätig sein können. Das Vertrauen wächst, wenn die Sachlichkeit im Vordergrund jeder Tätigkeit steht. Es ist genau dasselbe wie im Staate. Je mehr eine Regierung das Volk ausschaltet, weil sie ihm mißtraut, und es *vor vollendete Tatsachen* stellt, um so größer wird das Mißtrauen des Volkes. Je mehr eine Regierung mit dem Volke Hand in Hand arbeitet und auch einen Fehlentscheid des Volkes hinnimmt, um so größer wird das Vertrauen des Volkes zu dieser Regierung sein.

VI.

Mit den vorstehenden Ausführungen wollten wir zeigen, wie sehr eine Partei nicht nur ihre eigene Entwicklung fördert, sondern auch die demokratische Entwicklung des Staates, wenn sie sich jederzeit bewußt ist, wie notwendig es ist, *alle Maßnahmen abzulehnen, welche der autoritären Gesinnung Vorschub leisten.*

Wir haben damit das Problem keineswegs erschöpft, sondern nur kurz skizziert.

Aber wir glauben, daß es für jeden klar ist, daß es keine Möglichkeiten gibt, autoritäre Maßnahmen mit demokratischer Gesinnung zu vereinigen und daß die lebendige Demokratie und damit der endgültige Sieg der Menschwerdung nur gefördert werden kann, wenn man in der heutigen Zeit überall für die hohen Ideale der Freiheit und der Anteilnahme am Gesamtwohl eintritt und wenn man alle öffentliche Tätigkeit als einen Dienst an den großen Zielen der Menschheit und der staatlichen Gemeinschaft auffaßt.

Teure Krisenpolitik

Von Dr. Eugen Steinemann

Als letztes und entscheidendes Argument wird den Abbaugegnern immer vorgeworfen, ihre Politik der Arbeitsbeschaffung, der aufbauenden, planwirtschaftlichen Krisenbekämpfung sei so teuer, daß sie sich das Schweizervolk niemals leisten könne. Dies Argument wird so oft und hartnäckig wiederholt, daß es von ökonomisch Ungeschulten und

soziologisch Ahnungslosen (die einem Halbmillionenverdiener arglos Phrasen vom »einfacher leben« abhören können) mit der Zeit geglaubt wird. Und leider sind auch bei uns noch viele nicht genügend geschult, um die Haltlosigkeit dieses Arguments sofort gründlich aufweisen zu können. Daß die Bekämpfung der Krise eine Bagatelle ist, hat noch niemand behauptet. Wir geben ohne weiteres zu: eine richtige Bekämpfung der Krise erfordert Hunderte von Millionen Franken. Dennoch ist dies keine teure Politik, weil erstens die Politik der Abbauer noch teurer zu stehen käme, weil zweitens im Vergleich zum gesamten Reichtum der Schweiz auch ein paar hundert Millionen noch keine unerträgliche Last bedeuten.

Ein Taschenspielertrick gelingt den Abbauern meistens: sie tun, als ob Staatsfinanzen und Volkswirtschaft dasselbe wären. Kommt etwas den Staat teuer, dann heißt es sofort, das sei für die Volkswirtschaft nicht tragbar; umgekehrt tun sie, als ob eine Einsparung an den Staatsfinanzen auch eine Ersparnis für die Volkswirtschaft darstellen müßte. So ist die Rechnung natürlich einfach und lautet zugunsten der Deflationspolitik, falls der Staat sich um die Schäden nicht kümmert, die er damit anrichtet. Man kann auf diese Weise eine »Krisenpolitik« machen, die den Staat keinen Rappen kostet — die Volkswirtschaft würde dabei allerdings vor die Hunde gehen. Die Frage nach den Kosten des Staates ist jedoch hier nebensächlich, wichtig ist, was die gesamte Volkswirtschaft verliert und gewinnt, und in zweiter Linie, welche Bevölkerungsklassen und -schichten verlieren oder gewinnen.

Die größten Aufwendungen, die eine aufbauende Krisenpolitik erfordert, die Mittel zur Entschuldung der Bundesbahnen, der Landwirtschaft und des Gewerbes, sind überhaupt nur vom Gesichtspunkt des Staates Ausgaben, die Volkswirtschaft machen sie weder ärmer noch reicher. Es handelt sich hierbei um die Neuregelung längst geschehener Verluste, um die Aufteilung dieser Verluste auf eine größere, tragfähige Gemeinschaft als die direkt Betroffenen selber. Sowenig wie eine Schulkasse dadurch ärmer wird, daß sie aus Solidarität den Schaden eines Mitschülers auf die ganze Klasse verteilt, sowenig wird die Schweiz im ganzen ärmer, wenn sie die unschuldigen Opfer der Krise unterstützt.

Zwei besondere Möglichkeiten muß man allerdings in Erwägung ziehen: die Entlastung der Krisenopfer könnte zur Folge haben, daß diese sich nachher wirtschaftlich weniger anstrengen, womit der Ertrag der Volkswirtschaft doch kleiner würde. Diese Gefahr ist aber in den Fällen, um die es praktisch geht, minimal und wird gewiß mehr als aufgewogen durch die umgekehrte Folge, daß sich der entlastete Schuldner mehr Mühe gibt und daß er mehr herausbringt als vorher. Dafür wird schon dadurch gesorgt, daß sich die Sanierung eines Bauernbetriebes zum Beispiel nicht mit der Entschuldung begnügen darf, sondern weitere Voraussetzungen zur Erholung des Betriebes (Ergänzung des Inventars, Betriebsberatung usw.) schaffen, eine wirkliche Sanierung sein muß. Die zweite, besondere Möglichkeit besteht darin, daß durch eine solche Neuverteilung der Krisenlasten

Mittel dem Konsum zugeführt werden, die bisher dem Kapitalmarkt zuflossen, also den Volksreichtum vermehrten. Wie klein die praktische Bedeutung dieses Argumentes ist, werden wir bei Besprechung der Tragfähigkeit der schweizerischen Volkswirtschaft aufzeigen.

Was die Schweiz mit einer 20prozentigen Deflation für ihre Exportindustrie auf einem unerhörten Leidensweg zustande bringen soll, kann sie mit mindestens soviel direktem Erfolg ohne Deflation mittels Produktionszuschüssen erreichen. Dem Käufer auf dem Weltmarkt ist es ziemlich gleichgültig, wie der Preis zustande kommt, den er bezahlen muß, ob durch Deflation oder durch staatliche Zuschüsse, wenn er nur im Vergleich zur Konkurrenz annehmbar ist — sofern überhaupt der Preis noch eine Rolle spielt. Das gibt übrigens auch das ausgeprägteste Sprachrohr der Deflationisten, die »Basler Nachrichten«, zu, indem es in einem Artikel »Entweder — oder« die zweite Möglichkeit nicht aus Skepsis am Erfolg, sondern nur wegen der angeblich zu hohen Kosten (und der obligaten Angst vor der Staatswirtschaft) verwirft. Diese zweite Möglichkeit, aktive Exportpolitik ohne Deflation, ist der Weg der Arbeiterschaft.

Wie groß sind die volkswirtschaftlichen Kosten des einen und des andern Weges? Die direkten Kosten der Deflation entsprechen der durchschnittlichen Preisreduktion auf Exportgütern, multipliziert mit der gesamten Exportmenge. Die Kosten der Exportzuschüsse sind jener Preisreduktion gleich und beziehen sich ebenfalls auf die gesamte Exportmenge. Beide Wege verursachen also volkswirtschaftlich genau die gleichen direkten Kosten, nur daß sie im ersten Fall von der breiten Masse der Verbraucher (Konsumenten von Importwaren, deren Preis auch von der vollkommenen Deflation unbeeinflußt bleibt), im zweiten Fall vom Staat bezahlt werden müssen.

Indirekte Kosten entstehen bei der Deflation durch deren geschäftslähmende, krisenerzeugende Wirkung auf dem Binnenmarkt, bei der Politik der Staatszuschüsse durch einen gewissen minimalen Beamtenapparat. Daß hierbei die Deflation unendlich viel schlechter wegkommt, steht für jeden unvoreingenommenen Betrachter außer Zweifel.

Genau besehen, erreicht demnach die Deflationspolitik das gleiche Ziel, eine Vermehrung des Exportes, mit beträchtlich höherem volkswirtschaftlichem Aufwand als die Aufbaupolitik. Der Staat muß allerdings in letzterem Falle mehr herhalten, das stimmt schon, und das ist natürlich auch der Stein des Anstoßes bei den Herren Großkapitalisten, wenn sie auch hundertmal volkswirtschaftliche Belange vorschieben. Bei der offenen, klaren Rechnung über das Staatsbudget läßt sich für sie natürlich viel schwerer auskneifen als bei jener der »Anpassung«, die sich so leicht von einer Adresse auf die andere abwälzen läßt, bis sie schließlich bei den ärmsten Schichten landet.

Wie steht es schließlich mit der Tragfähigkeit der schweizerischen Volkswirtschaft? Hat sie Reserven, um einer großen nationalen Aufgabe, wie der der Krisenüberwindung, gerecht werden zu können, und wo sind diese Reserven zu suchen? Ein Bauer hatte vierzig Hektar Land und zehn Knechte. Zehn Jahre rentierte der Betrieb glänzend,

die Knechte erhielten einen anständigen Lohn und reichliches Essen. Der Bauer, der keine Schulden hatte, konnte Jahr für Jahr 10,000 Franken Reinertrag herausschlagen, den er zum Ausbau und zur Rationalisierung seines Betriebes verwendete. 2000 Franken davon brachte er auf die Bank. Es kamen vier schlechte Jahre, der Rohertrag des Gutes betrug 8000 Franken weniger im Jahr, weil ein Teil der Produkte keinen Absatz mehr fand. Der Bauer verbot zweien seiner Knechte, zu arbeiten und stellte sie auf halben Lohn und halbe Kost. Den übrigen acht Knechten kürzte er ebenfalls den Lohn und die Kost, vorläufig um ein Fünftel. Acht Fünftelrationen und zwei halbe geben $2\frac{3}{5}$ Eßrationen weniger als bisher, was dem Bauern wieder ermöglichte, einen weiteren Knecht feiern zu lassen und auf halbe Ration zu setzen. Das gab wieder einen Ausfall und Anlaß zu Lohnsenkungen und weiteren Feierstunden. Schließlich wurde die gute herrliche Erde dieses guten Bauern nur noch zur Hälfte bebaut und ausgenutzt, und statt daß sich der Reinertrag durch die fortwährenden Einsparungen erholt, schwand der Rohertrag immer mehr dahin, und die Kosten sanken eher weniger schnell. Was noch herauskam an Reinertrag, brachte der Bauer übrigens weder auf die Bank, weil's ihm zu unsicher war, noch steckte er es in den Betrieb, weil er ja dort nur abbauen mußte. Er steckte es vielmehr nach alter guter Väter Sitte in den Strumpf und spienzelte es bei allen Gelegenheiten seinen weniger glücklichen Nachbarn: Seht, so reich und sicher bin ich! In Wirklichkeit war sein Betrieb mit jedem Franken, den er so auf die Seite legte, um genau so viel ärmer geworden, weil er im nächstfolgenden Jahr um soviel weniger Produkte absetzen konnte. Unterdessen fraß der Abbau im ganzen Betrieb immer weiter, die Rationen mußten immer noch mehr herabgesetzt werden, die Knechte kriegten hohle Wangen vor Hunger, konnten nicht mehr arbeiten, wenn man sie noch brauchte, und schauten ihren Herrn mit drohenden Blicken an. Mit dem letzten Geld stellte der Bauer zwei seiner abgebauten Knechte wieder ein: den einen als Leibwache, den andern als Wunderscharlatan, der den übrigen Knechten das Blaue vom Himmel herunter versprechen mußte, wenn sie nur mit ihrem Herrn in christlicher Nächstenliebe bis zum siegreichen Ende ausharren würden. Als sie darauf nicht einsteigen wollten, ließ er den widerspenstigsten der Knechte durch seine Leibwache nächtlicherweise hinterrücks ermorden und die andern in Fesseln legen, bis sie gefügig waren.

Man könnte das Geschichtlein leicht noch weiter spinnen, um dem furchtbaren Ende immer näher zu kommen. Man wird einzuwenden versuchen, ein Bild beweise nichts. Es handelt sich aber hier nicht um ein Bild, sondern um ein getreues Modell der Wirklichkeit, um eine Betrachtung der tatsächlichen Verhältnisse in verkleinertem Maßstab. Kein Gleichnis, sondern ein Laboratoriumsversuch, für den alle wesentlichen Bedingungen, wie sie in der Wirklichkeit vorliegen, hergestellt wurden. Dieser Versuch und seine Folgen sind beweiskräftig. Wir haben die Deflation in Reinkultur gezeigt, und das Ergebnis mutet uns wahrlich auch gar nicht sehr fremd an.

Ein anderer Bauer mit gleich viel Land und gleichen Voraussetzungen tat folgendes, als der Absatz zu sinken begann: Keinen einzigen seiner Knechte entließ er und keinem kürzte er den Lohn. Die beiden Knechte, deren Arbeit infolge Absatzrückgangs ausging, beschäftigte er weiter, indem er sie Feldwege instand stellen, Knechtewohnungen ausbauen, neue Arbeits- und Absatzmethoden ausstudieren ließ. Die Folge davon war, daß der Reinertrag des Bauern allerdings auf dem durch den äußern Absatzrückgang verursachten Tiefstand stehen blieb — Rückgang des Rohertrags um 8000 Franken, Gleichbleiben der Kosten, gibt Rückgang des Reinertrages um 8000 Franken auf 2000 —, der Betrieb aber flott gedieh, alle Knechte fröhlich und munter waren und die Qualität der Arbeit mit der Zeit so verbessert wurde, daß ein Teil des verlorengegangenen Absatzes wieder eingeholt werden konnte. Von Krise merkte überhaupt niemand etwas als das Kapitalkonto des Bauern, wenn man es mit früheren Jahren verglich.

So einfach wäre die Krisenpolitik, wenn unsere Herrscher, die Herren Großkapitalisten, so klug und vernünftig wären wie der eben vorgestellte Bauer. Die Mindererträge der schweizerischen Außenwirtschaft (Export, Fremdenindustrie usw.) erreichen bei weitem nicht den in guten Jahren für Neuinvestierungen verfügbaren Kapitalbetrag. Die »NZZ.« berechnet diese Mindererträge auf 600 Millionen Franken 1934. 1929 betrug nach der Bankenstatistik die Vermehrung der bei den schweizerischen Banken angelegten Ersparnisse allein über eine Milliarde Franken. Mit einigen Umstellungen der Produktion und einer großzügigen Arbeitsbeschaffungspolitik hätte die Schweiz also durch bloßen Verzicht auf einen Teil der jährlichen Ersparnisse die ganze Krise unter Aufrechterhaltung eines hochkonjunkturellen Lebensstandards überstehen können, wie jede Familie, die in der Krise jährlich nicht mehr verliert, als sie vorher jährlich auf die Bank legen konnte, ihren Verbrauch nicht einzuschränken gezwungen ist, sondern einfach entsprechend dem Verlust weniger auf die Bank bringen kann.

Die Umstellung vom Sparen auf den Verbrauch ist also in der Krise gerade erwünscht, und darum ist auch die erwähnte Möglichkeit einer gewissen Kapitalaufzehrung bei der landwirtschaftlichen Entschuldungsaktion gar nicht gefährlich. Ein großer Teil der Ersparnisse wird in dieser Zeit ja doch nur gehortet, was die Krise noch verschärft. Es ist zehnmal besser, die Ersparnisse aufzuessen, als sie in den Strumpf zu stecken.

Daß eine aufbauende Krisenpolitik tragbar ist, muß bei näherer Prüfung also unbedingt bejaht werden. Aber das ist sicher: ohne Opfer von seiten derer, die eben früher und auch bis zuletzt noch die großen Couperernten eingebracht haben, geht es nicht. Anderseits ist die Beanspruchung dieser Opfer selbst die Voraussetzung, daß überhaupt wieder Gewinne gemacht werden können. Also haben unsere Kapitalisten durchaus nicht nur herzugeben, sondern auch zu gewinnen bei einer aufbauenden Krisenpolitik. Dabei ist allerdings nicht zu vergessen: eine aktive, aufbauende Bekämpfung der Krise erfordert eine

straffe Zusammenfassung und zielklare Lenkung der gesamten nationalen Wirtschaftskräfte. Solange das Finanzkapital die Fäden in den Händen hat, ist an eine vernünftige Wirtschaftspolitik im Interesse des ganzen Volkes nicht zu denken. Die Nervosität dieser Kreise gegenüber aufbauender Politik ist darum begreiflich. Sie merken wohl, hier gibt es kein gemütliches Mit- und Durcheinander, laisser faire, laisser aller, sondern nur ein scharfes Entweder — oder. Das Volk beginnt aber langsam auch etwas zu merken.

Jugend - Beruf - und wir !

Von F e r d. B ö h n y.

Beruf und Berufung.

Für die Großzahl unserer Zeitgenossen hat die Arbeit aufgehört, Beruf im wahren Sinne des Wortes zu sein. Man kann ja wohl kaum, um mit einem krassen Beispiel aufzuwarten, von »Berufung« sprechen, wenn wir die Frau am Drehautomaten sehen, wie sie todbringende Schrapnellköpfe dreht, wo sie doch berufen wäre, Leben zu schenken und zu erhalten.

Wie stark unserer Zeit der Sinn der Arbeit, der Begriff Beruf abhanden gekommen ist, beweist doch immer wieder die von den Schulentlassenen gestellte Frage nach dem g u t e n Beruf. Weil Arbeit Brot, Kleidung und Wohnung, Arbeitslosigkeit hingegen Hunger und Not bedeuten, muß ja schon im Kinde die Vorstellung erweckt werden, die Arbeit diene ausschließlich oder fast ausschließlich dem Broterwerb. Mit Bestimmtheit darf angenommen werden, daß auf die Frage »warum arbeitet dein Vater« die starke Mehrheit der Kinder antworten würde, »um Geld zu verdienen«.

Freilich, die Ahnung, daß es eine Berufung geben kann, und das Bedürfnis, womöglich eine Arbeit zu wählen, welche auch zusagt, leben mehr oder weniger stark im Schulentlassenen. Neigung und Eignung haben aber bei der Berufswahl häufig zurückzutreten, die wirtschaftliche Seite steht im Vordergrund.

Neigung und Eignung.

Wenn die wirtschaftliche Seite der Berufswahl von den Schulentlassenen immer wieder so stark in den Vordergrund geschoben wird, so hängt das freilich nicht allein mit den äußeren Umständen zusammen. Die Schulentlassenen sind manchmal gar nicht berufswahlreif. Die Beziehungen zu den Berufen dokumentieren sich bei ihnen nur oder fast nur gefühlsmäßig. Man mag den einen Beruf, den andern nicht. Warum das Kind den einen Beruf liebt, den andern aber ablehnt, kann es meistens nicht sagen. »Ich habe einfach Freude«, »er gefällt mir eben nicht«, das sind die Auskünfte, welche man etwa hört.

Auch über ihre Fähigkeiten können manche Schulentlassene nur ungenügend Auskunft geben. Die Schule gibt immer noch zuwenig